

Die exzentrische Spinne

Irlands Hauptstadt platzt aus allen Nähten – und freut sich auf den Brexit

Martin Alioth | Die Silhouetten von Baukränen schraffieren erneut den Himmel über Irlands Hauptstadt. Dublin ist der Motor der irischen Wirtschaft und kämpft mit Engpässen, namentlich beim Wohnungsbau und dem öffentlichen Verkehr. Doch die neuen Bürotürme hoffen zu Recht auf Mieter aus London: Der Finanzplatz Dublin will vom Brexit profitieren.

„Diese Lähmung, die von manchen für eine Stadt gehalten wird“, nannte James Joyce seinen Geburtsort Dublin. Später bereute er seine Härte: Er habe es in seiner Kurzgeschichtensammlung „Dubliners“ versäumt, die „kreative Insularität“ und die Gastfreundschaft der Stadt abzubilden. Diese letztere Tugend, schrieb er 1914, gäbe es sonst nirgends in Europa. Der Auswanderer Joyce setzte seiner Heimatstadt in seinem Roman „Ulysses“ ein literarisches Denkmal ohnegleichen. Wo auch immer der Schriftsteller später lebte, in seinem Kopf blieb er wohl zeitlebens in Dublin. „Wenn die Stadt eines Tages von der Erde verschwände“, behauptete er, „könnte man sie auf der Grundlage meines Buches wiederaufbauen.“

Das mag für den 16. Juni 1904 gelten, den Tag, an dem der Roman spielt. Ja, sogar noch in den 1980er Jahren, als der Autor dieses Beitrags nach Dublin auswanderte, bildeten Neubauten in der Innenstadt die (größtenteils hässlichen) Ausnahmen.

Inzwischen hat sich das dramatisch geändert. Von Lähmung keine Spur.

Zylinder am Ufer des Liffey

Die Fassadenkette entlang der Ufer des Flusses Liffey, östlich von der zentralen O'Connell-Brücke in Richtung Irische See, sieht heute aus wie ein Ausstellungskatalog für postmoderne Büroarchitektur: Heraus sticht der gekippte Zylinder des Kongresszentrums; neuerdings hat sich auch die irische Zentralbank an den Quays eingenistet, passenderweise im Rohbau eines Gebäudes, das einst als Firmenzentrale der Anglo Irish Bank geplant war – jenes Finanzinstituts also, das wie kein zweites für sich beanspruchen darf, Irland in den Abgrund gerissen zu haben. Die Dubliner hatten immer schon einen ausgeprägten Sinn für Ironie.

Auch regelmäßige Besucher der irischen Hauptstadt sind verblüfft über die Geschwindigkeit des Wandels. Rings um die alten Hafenbecken entsteht ein neues Viertel nach dem

anderen; renovierte Fabrik- und Lagerhallen kauern unter mehrstöckigen, gleißenden Bürokästen. Hier sind die europäischen Zentralen von Firmen wie Google, Facebook und LinkedIn zu finden, mit ihrer bunten, internationalen, weitgehend jugendlichen Belegschaft.

So wie Paris auf Straßenkarten aussieht wie eine Spinne in einem Netz, das sich über das ganze Land spannt, darf auch Dublin zu den urbanen Arachniden gezählt werden. Allerdings sitzt es nicht wie Paris in der Mitte, sondern schmiegt sich an den Ostrand der Insel. Die Wikinger, die sich ursprünglich hier festsetzten, wollten möglichst nahe bei der britischen Nachbarinsel bleiben. Es handelt sich also um eine exzentrische Spinne.

Die Geografie zwingt diese Spinne, ihr Netz westwärts zu weben, seit Jahrzehnten und ohne ersichtlichen Plan. Immer neue Wohnsiedlungen jeweils Hunderter identischer Einfamilienhäuser fressen sich ins einstige Weideland, oftmals ohne Anbindung an den öffentlichen Verkehr, ohne Einkaufsmöglichkeiten, ohne Arztpraxen, in vielen Fällen sogar ohne eine einzige Kneipe.

Dublin – der Name ist eine Verballhornung der irischen Variante von Blackpool, in Anspielung auf die dunkle Farbe des aufgewirbelten Flusswassers – ist heute in vier Verwaltungsbezirke aufgeteilt: Die eigentliche Stadt (Dublin City Council), die Vorstädte im Süden (Dún Laoghaire-Rathdown County Council), im Südwesten (South Dublin County Council) und im Norden (Fingal County Council). In dieser Agglomeration leben knapp 1,3 Millionen Menschen. Mit anderen Worten: Je-

der vierte Ire lebt in Dublin. Als das Land als „Keltischer Tiger“ galt und von 2002 bis 2007 einen zweiten Wachstumsschub erlebte, wurde der Pendlergürtel noch sehr viel breiter. Seitdem kommen auch die Bewohner der umliegenden Grafschaften Wicklow, Kildare und Meath zum Arbeiten nach Dublin. Dieser Großraum weist eine Bevölkerung von 1,8 Millionen auf, mithin fast 40 Prozent der irischen Gesamtbevölkerung. Sie erwirtschaften rund die Hälfte der irischen Wertschöpfung und zahlen 55 Prozent der Steuern. Diese Anteile haben sich seit dem Kollaps der irischen Volkswirtschaft 2007/08 erhöht. Irlands Erholung wurde also stark von der Agglomeration Dublin genährt, die ihrerseits produktiver und reicher ist als der Rest des Landes.

Akuter Mangel an Wohnraum

Es klingt paradox, stimmt aber dennoch: Obwohl die irische Wirtschaftskrise die Konsequenz einer klassischen Immobilienblase war, begleitet von einer katastrophalen Bankenkrise, gefolgt von einem spektakulären Einbruch der Baubranche, herrscht nun ein akuter Mangel an Wohnraum in der Metropole und ihrem Umland.

Die „Ghost Estates“, die unvollendeten Wohnsiedlungen, die als Mahnmal für den Übermut irischer Spekulanten die Landschaft noch immer verunzieren, liegen noch viel weiter entfernt von der Hauptstadt, an der Peripherie eines unsinnigen Pendlergürtels. Damals wechselten Äcker für Millionensummen den Besitzer, in der Hoffnung, Pendler zu einem zweistündigen Arbeitsweg zu ermu-

Dublin erwirtschaftet die Hälfte der irischen Wertschöpfung

tigen. Beim Ausbruch der Krise verloren diese Branchen über Nacht 99 Prozent ihres Wertes.

Die Beschäftigung im Dubliner Bausektor hat sich zwar 2016 um nahezu ein Fünftel erhöht, doch die zu neuem Leben erwachten Aktivitäten konzentrieren sich auf den kommerziellen Sektor: Zwischen 2015 und 2020

soll eine Million Quadratmeter an neuen Büroflächen gebaut werden. Laut Ronan Lyons, Assistenzprofessor am Trinity College, Dublin, müssen in

diesem Zeitraum folglich 30 000 neue Wohneinheiten zur Verfügung gestellt werden. Vergangenes Jahr waren es aber bloß 4200 – weit mehr als im Vorjahr, doch immer noch zu wenig.

Die Konsequenzen liegen auf der Hand: Die Haushaltsgröße wächst, die Pendlerzeiten werden länger und die Mieten unerschwinglich. Im vierten Quartal 2016 stiegen Häusermieten auf Jahresbasis um 6,6 Prozent an, für Wohnungen gar um 11 Prozent. Das deutet auf eine Überhitzung hin.

Unstillbare Sehnsucht

Die Iren waren, sind und bleiben vernarrt in Immobilienbesitz. Das Eigenheim ist das eine, doch auch das angesparte und die Altersvorsorge werden mit Vorliebe in Backstein und Mörtel investiert. Diese unstillbare Sehnsucht hat wohl koloniale Ursprünge; aber die Art und Weise, wie irische Zeitungen nur zehn Jahre nach dem Kollaps erneut Lobgesänge auf überteuerte Häuser drucken (Spötter nennen das „Property Porn“), wirkt dennoch befremdlich. Mütter jammern, ihre Sprösslinge kriegten nie und nimmer einen Fuß auf die sprichwörtliche „property ladder“;

das heißt, es sei ihnen nicht möglich, die unerschwinglich gewordene erste Immobilie zu erwerben. Mit düsterem und mitleidigem Unterton werden die heute 20- bis 30-Jährigen als „generation rent“ bezeichnet, jene also, die mit dem Fluch des Mieterdaseins leben muss. Die Grundüberzeugung bleibt, dass nur das Eigenheim ein erfolgreiches Leben erlaube. (Bei sündhaft teuren Mieten und rekordtiefen Zinssätzen ist das sogar vernünftig.)

Auch der irische Staat hat anscheinend nichts gelernt. Vergangenes Jahr führte Finanzminister Michael Noonan einen Steuerrabatt im Wert von bis zu 20 000 Euro für all jene ein, die einen Neubau als erstes Eigenheim erwerben. Da dieser Zuschuss indes nicht zur Erhöhung des Angebots von Wohnraum beiträgt, erhöhen sich lediglich die Preise. Die Vergünstigung soll denn auch wieder abgeschafft werden.

Die totemistische Verehrung für das Eigenheim hatte während der Krise gewisse Vorteile. Aufgrund dieser Ehrfurcht waren irische Banken (damals weitgehend im Staatsbesitz) sehr zurückhaltend bei der Pfändung und Zwangsversteigerung von kleinen Immobilien im Privatbesitz. Doch seit 2013 haben in- und ausländische Banken, die sich in Irland die Finger verbrannt hatten, ebenso wie die staatseigene „Bad Bank“ (Nama) riesige Bündel von privaten Hypotheken mit großen Abschlägen an ausländische Investoren verkauft.

Die neuen Eigentümer, im Volksmund abschätzig „vulture funds“ (Aasgeier) genannt, scheren sich keinen Deut um irische Empfindlichkeiten. Sie sind auf rasche Profite aus. In erster Linie, aber nicht ausschließlich, betrifft das Immobilien, die im

Die Haushaltsgröße wächst, die Pendlerzeiten werden länger

Bild nur in Printausgabe verfügbar

Boom als Investitionsobjekte von privaten Anlegern gekauft worden waren, also das zweite, dritte Haus, das alsdann vermietet wurde. Mit dem Ertrag wurde die Bankschuld abgestottert.

Doch für zahlreiche Anleger wurde die Belastung zu groß, sie gerieten in Rückstand und sahen sich plötzlich mit einem neuen Eigentümer ihres Hauses konfrontiert. Der setzte ihre Mieter auf die Straße, wenn das Objekt gewinnträchtig abgestoßen werden konnte.

Infolgedessen hat die Obdachlosigkeit in Dublin Rekordhöhen erreicht. Die bisher vorherrschende Ansicht, Obdachlose hätten entweder Suchtprobleme oder psychiatrische Beschwerden, ist längst obsolet: Inzwischen leben junge Familien in Bed & Breakfast-Unterkünften, weil es keine Sozialwohnungen gibt und private Mietobjekte jenseits des Haushaltsbudgets liegen. Sie bezahlen immer noch den Preis für die katastrophale

Wirtschaftskrise Irlands, obwohl die makroökonomischen Zahlen inzwischen recht rosig aussehen.

Der Staat scheint außerstande oder nicht willens, Abhilfe zu schaffen. Dafür schickt er die Polizei morgens in die innerstädtischen Einkaufsstraßen, um die Obdachlosen mit der Hupe des Streifenwagens zu wecken. Sie könnten ja die Kauflust jener trüben, die in Eigenheimen leben.

Im Schatten des Phönix

Diese Schattenseiten des „Keltischen Phönix“ – so der neue Spitzname für Irlands Wirtschaft – beeinflussen mitunter auch die Investitionsentscheidungen ausländischer Multis, die dieser Tage darüber befinden müssen, ob sie einen Teil ihrer Tätigkeiten von London nach Dublin verlagern wollen.

Brexit, der britische Austritt aus der Europäischen Union, betrifft die Republik Irland stärker als jedes andere EU-Land, so viel ist unbestrit-

ten. Dass die befürchteten Exporteinbußen im großen Nahrungs- und Genussmittelsektor das Gesamtbild trüben, hat in erster Linie Folgen für die Wirtschaft außerhalb der Hauptstadt. Für Dublin birgt der Brexit Chancen.

Heiliger Gral: „Passporting rights“

Seit 1987 verfügt Dublin über ein eigenes Finanzzentrum, das International Financial Services Centre (IFSC) mit mittlerweile über 40 000 Beschäftigten. Für die in der Londoner City tätigen Banken, Versicherungen, Vermögensverwalter usw. bietet sich Dublin nun als Standort für jene

Transaktionen an, die innerhalb der EU stattfinden müssen, um weiterhin in den Genuss von so genannten „passporting rights“ zu gelangen. Diese

Rechte erlauben die Geschäftstätigkeit in allen EU-Ländern, sofern die Firma in einem EU-Land lizenziert und beaufsichtigt wird.

Die Briten werden diese Privilegien aller Voraussicht nach verlieren. Frankfurt, Luxemburg, Paris und andere Finanzplätze bieten sich an, doch Dublin verfügt über einige Standortvorteile: Keine andere Stadt ist derart dicht an die Londoner Flughäfen angebunden wie Dublin. Keine andere bietet den Vorteil einer gemeinsamen Sprache. Das irische Rechtssystem ist eng verwandt mit dem britischen.

Seit dem Brexit-Referendum haben Hunderte britischer Rechtsanwälte eine irische Anwaltslizenz beantragt, um sich weiterhin innerhalb der EU betätigen zu können. Hinzu kommt der niedrige irische Körperschaftssteuersatz von 12,5 Prozent.

Die Bank of England hatte den Finanzhäusern der Londoner City einen

Termin bis Mitte Juli gesetzt, um ihre Pläne für die Zeit nach dem Brexit zu präzisieren. Seither sickert Kunde von diesen Projekten an die Öffentlichkeit durch. Bis Ende Juli hatten die drei US-Großbanken Citibank, Bank of America und J.P. Morgan den Ausbau ihrer Tätigkeit in Dublin bestätigt, oftmals begleitet von einer parallelen Expansion an anderen europäischen Finanzplätzen.

Die britische Großbank Barclays will ebenfalls einige Aktivitäten nach Dublin verlagern; es gibt Gerüchte, dass sich auch die Credit Suisse neu orientiert. Versicherungen wie Legal & General, Standard Life, Aviva und Royal London hegen ähnliche Absichten. Obwohl keine dieser internationalen Firmen bisher konkrete Zahlen genannt hat, summieren sich diese Pläne wohl auf mehrere Tausend hochwertige Arbeitsplätze und entsprechende Steuereinnahmen für den irischen Haushalt.

Seit der Wirtschaftskrise hat der irische Staat sein Investitionsbudget geplündert. Das soll sich nun ändern. Nicht nur beim sozialen Wohnungsbau besteht ein massiver Nachholbedarf, auch beim öffentlichen Verkehr liegt manches im Argen. Dieser Tage soll endlich das Verbindungsstück zwischen den beiden Straßenbahnlinien (Luas) eröffnet werden, das in den Boomzeiten des „Keltischen Tigers“ aus unerfindlichen Gründen ausgelassen worden war. Eine weitere Tramlinie, die „Metro North“, soll endlich den Dubliner Flughafen (2016: 27,9 Millionen Ankünfte und Abflüge von Passagieren) an den öffentlichen Verkehr anbinden.

Auch die Trinkwasserversorgung – ein Thema, das durchaus politischen Sprengstoff in Irland birgt –

Der Brexit trifft Irland stärker als jedes andere EU-Mitglied

braucht eine riesige Geldspritze. Diese dringend fälligen Investitionen in die Infrastruktur der Hauptstadt sind notwendig, damit Dublin von den selbst verschuldeten Schwierigkeiten der britischen Nachbarn profitieren kann.

Neu-alte Weltläufigkeit

Für die irische Hauptstadt wird der Zustrom von Büroangestellten aus London bisherige Entwicklungen verstärken. Schon jetzt sind die meisten Besucher der Pubs und Restaurants in der Innenstadt die Mitarbeiter der globalen Marktführer in der digitalen Wirtschaft. Die neu hinzuziehenden Banker werden sich in ihrer Gesellschaft wohlfühlen.

John FitzGerald, Ökonomieprofessor am Trinity College, Dublin, und Sohn des verstorbenen irischen Premierministers Garret FitzGerald, unterstrich unlängst in einer E-Mail an den Autor, dass dieser Prozess weiter zurückreiche. Er erinnert an die Auswanderungswelle gut qualifizierter Iren in den 1980er Jahren. Viele dieser Emigranten kehrten in den späten neunziger Jahren zurück. Sie brachten eine neue Weltläufigkeit, Fremdsprachenkenntnisse und wertvolle Berufserfahrungen nach Dublin.

Dublin habe, schrieb FitzGerald, schon immer eine ausgesprochen jugendliche Bevölkerung gehabt und eine kreative, bunte Musikszene. Die Industrial Development Authority (IDA), die irische Behörde für ausländische Investoren, habe ihm bestätigt, fügte FitzGerald hinzu, dass

die jugendliche Kulturszene Dublins ein zugkräftiges Verkaufsargument geworden sei: Es sei nämlich leichter, qualifizierte Arbeitskräfte zum Umzug nach Dublin zu bewegen als dies für „Birmingham oder Bremen“ der Fall wäre. „Es ist schwierig, die ökonomischen Effekte von Kultur zu quantifizieren“, so FitzGerald, „aber bedeutsam sind sie allemal.“

Womit wir wieder bei Joyce wären. Dublin ist, verglichen mit anderen europäischen Großstädten, nicht so sehr ein Ort der Denkmäler und Sehenswürdigkeiten. Der Reiz der irischen Metropole liegt in ihren Bewohnern, ihrer Lebensfreude, Neugier und Gesprächigkeit. Anekdotisch berichten Erstbesucher unweigerlich, sie seien beeindruckt von der Freundlichkeit und Hilfsbereitschaft der Dubliner. Das Wort – ob geschrieben, gesprochen oder gesungen – und der zwischenmenschliche Kontakt stehen stets im Mittelpunkt. Steuersätze mögen Investitionsentscheidungen beeinflussen. Aber die Lebensqualität spielt eine mindestens ebenso wichtige Rolle.

Die jugendliche Kulturszene ist ein Verkaufsargument



Dr. Martin Alioth berichtet für das Schweizer Radio SRF und die *Neue Zürcher Zeitung am Sonntag* über England, Schottland, Wales und Irland.